

Werten und Normen, die heute als Grundlagen unseres demokratischen Verständnisses wahrgenommen werden und als solche im Grundgesetz verankert sind.

Ganz im Trend der immer bildlastigeren und farbigeren Fach-Publikationen für unterschiedliche Rezipienten weckt auch dieses Buch durch seine Aufmachung und die grafische Gestaltung Assoziationen an ein Schulbuch der neueren Generation. Die alle Dienststellen des Hessischen Landesarchivs vertretenden fünf Autoren Andreas Hedwig, Karl Murk, Dirk Petter (alle Staatsarchiv Marburg), Klaus-Dieter Rack (Staatsarchiv Darmstadt) und Johann Zilien (Hauptstaatsarchiv Wiesbaden) bieten mit dieser in fünf Kapitel und insgesamt 23 Segmente unterteilten Publikation somit einen leicht nachvollziehbaren, reich und ansprechend bebilderten, übersichtlich gegliederten Einblick in die Thematik, der für die einen ein leicht verdaulicher „Nebenher-Genuss“ als Einstieg zur weiteren Auseinandersetzung mit regionalen Spezifika Hessens und allgemeinen Entwicklungen im Deutschen Reich sein dürfte – für andere sicherlich jedoch bereits ein komplexes Medium, das durch übersichtliche Darstellung und mittels kleiner Orientierungshilfen an den Seitenrändern Anregungen zu einem Versuch der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des heutigen Bundeslands Hessen einerseits und Kontinuitäten, die bis in die Gegenwart reichen, andererseits bietet.

Friederike Witek

Sabine SCHNEIDER, *Belastete Demokraten: Hessische Landtagsabgeordnete der Nachkriegszeit zwischen Nationalsozialismus und Liberalisierung* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, zugl. Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, Bd. 47), Marburg: 2019. XI, 560 S. ISBN 978-3-923150-74-8. Geb. € 35,-

Mit ihrer Untersuchung der NS-Belastung ausgewählter Nachkriegsabgeordneter des hessischen Landtags reiht sich Sabine Schneider ein in die seit einigen Jahren verstärkt betriebene Erforschung der Kontinuitäten in den Karrieren der Landespolitiker Niedersachsens, Schleswig-Holsteins, Nordrhein-Westfalens, des Saarlands und Bremens. Dabei wurde der Schwerpunkt weniger auf Lebensläufe einzelner Abgeordneter als vielmehr auf kollektivbiographische Ansätze gelegt.

Im Mittelpunkt von Schneiders Studie steht die Nachkriegszeit, die vor dem Hintergrund der Lebenswege zwischen 1933 und 1945 beleuchtet wird. Bei der Auswahl der untersuchten Abgeordneten des hessischen Landesparlamentes wurden die unterschiedliche Parteizugehörigkeit nach 1945 sowie verschiedene Grade an NS-Belastung berücksichtigt. Kriterien der Zusammenstellung waren die Mitgliedschaft in mindestens drei Legislaturperioden zwischen 1946 und 1970 sowie die Mitgliedschaft in der NSDAP vor 1945. So fanden die Biographien von insgesamt elf Parlamentariern (SPD, FDP, CDU, BHE/GDP), die sich hinsichtlich ihres Alters sowie ihres sozialen Hintergrundes voneinander unterscheiden, Eingang in die Studie. Die Untersuchung eines so kleinen Personenkreises erlaubt zwar nicht die Übertragung der Erkenntnisse auf die Gesamtheit der NS-belasteten Parlamentarier, allerdings ist dies auch nicht das Ziel der vorliegenden Abhandlung. Vielmehr sollten mittels einer gründlichen Auseinandersetzung mit wenigen Einzelschicksalen die politischen Einstellungen und deren individuelle Wandlungen nachvollzogen werden. Damit entschied sich Schneider bewusst gegen einen kollektivbiographischen und für einen gruppenbiographischen Ansatz, der Einblicke in den Umgang der NS-belasteten Parlamentarier mit ihrer Vergangenheit sowie in die Parteien- und Parlamentarismusgeschichte bietet. Als

historische Analysekategorien werden die Begriffe „NS-Belastung“ und „Demokrat“ verwendet.

Sabine Schneider stellt daher ihrer Studie zunächst eine kritische Betrachtung des Begriffs „NS-Belastete“ voran, um auf diese Weise dem unterschiedlichen Grad der Verstrickung in das NS-Regime der späteren hessischen Landtagsabgeordneten Rechnung zu tragen. Als Indizien für eine NS-Belastung werden die Mitgliedschaft in der NSDAP, das Datum des Eintritts in die Partei und das Alter der Person zu diesem Zeitpunkt, der Karriereverlauf in der NS-Zeit, Aussagen und Haltung des Betroffenen zu politischen Themen und die Fremdwahrnehmung der Person angeführt, wobei diese Kriterien stets in den Kontext der gesamten Biographie eines Abgeordneten zu setzen seien. Weiterhin definiert Schneider den Begriff „Demokrat“. Dabei stellt sie die Frage danach, welche demokratischen Normen im Untersuchungszeitraum prägend waren, wie sich der Betroffene zu diesen Normen positionierte sowie auch hier die Fremdwahrnehmung der untersuchten Person in diesem Kontext.

Auf die Darstellung der Lebenswege der ausgewählten Politiker während der Zeit des Nationalsozialismus folgt der demokratische Neubeginn und damit die Neuorientierung der NS-Belasteten im neuen Staat. Dabei konnte Schneider herausarbeiten, dass die Aktivitäten im NS-Regime keinem der Abgeordneten nach 1945 beruflich geschadet hätten. Vielmehr scheint die NS-Belastung einen Politiker seinen Wählern näher gebracht zu haben, womit Schneider einen tiefen Einblick in die hessische Gesellschaft nach 1945 eröffnet. Dabei konnte jedoch kein Einfluss von NS-Seilschaften auf die politischen Karrieren, mit Ausnahme der untersuchten Abgeordneten des BHE, in der Nachkriegszeit ausgemacht werden.

Des Weiteren versucht Schneider, sich dem Geschichtsverständnis der hessischen Politiker in der Nachkriegszeit zu nähern. Dies gestaltet sich jedoch nicht zuletzt aufgrund der Quellenlage als schwierig. Außerdem spielten hier die persönliche Einstellung zur eigenen NS-Belastung wie auch die jeweils individuellen Charakterzüge, die sich anhand der vorhandenen Quellen nur äußerst schwer analysieren lassen, sicher eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ob ein Verschwinden einzelner Begriffe aus dem Sprachgebrauch, die der nationalsozialistischen Ideologie entstammten, Ausdruck eines neuen, kritischen Geschichtsverständnisses der belasteten Abgeordneten darstellte, oder ob die Politiker sich einer gesellschaftlich geforderten Political Correctness unterwarfen, konnte daher in der vorliegenden Abhandlung nicht geklärt werden. Nichtsdestotrotz zeigt sich die Untersuchung des sprachlichen Wandels und des damit eng verknüpften sich verändernden Geschichtsbildes sowie der ideologischen Brüche und Kontinuitäten, alles begleitet von der zunehmenden Demokratisierung und Liberalisierung der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, als gewinnbringend. Der gruppenbiographische Ansatz Schneiders ermöglicht dabei einen Blick über die untersuchten Politiker hinaus und verweist auf gesamtgesellschaftliche Prozesse.

Mithilfe der Analyse der Plenumsprotokolle des hessischen Landtags konnte Sabine Schneider herausarbeiten, dass die NS-Vergangenheit des einzelnen Politikers in Debatten meist durch Zwischenrufe der politischen Gegner thematisiert wurde. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der NS-Belastung scheinen solche Szenen im Landtag jedoch nicht nach sich gezogen zu haben. Auch seitens der Journalisten wurde dies bis auf einen der untersuchten Fälle nicht weiter aufgegriffen. Interessant erscheint jedoch das Ergebnis der Analyse des Wahlkampfes der konservativen Politiker, die sich dabei gerne und gewinnbringend ihrer militärischen Vergangenheit bedienten, wie Schneider zeigen konnte. Wann

immer sich einer der NS-belasteten Politiker mit seiner NS-Vergangenheit konfrontiert sah, wurde auf den für das Spruchkammerverfahren verfassten Lebenslauf verwiesen, in dem, angesichts der drohenden Strafe, häufig geschönt, weggelassen und verharmlost wurde. Eine offene, allerdings unpersönliche Auseinandersetzung beziehungsweise Abgrenzung von der NS-Zeit wurde im hessischen Landtag lediglich ab 1966 von allen Fraktionen praktiziert, um sich von der neu in das Parlament eingezogenen NPD zu distanzieren. Die persönliche NS-Vergangenheit der Politiker der anderen Parteien spielte dabei jedoch wieder keine Rolle. Im politischen Alltag blieb der Blick in der Nachkriegszeit stets in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit gerichtet.

Grundsätzlich konnte Schneider feststellen, dass sich die NS-belasteten Politiker mit der fortschreitenden Demokratisierung zunehmend weniger von ihren unbelasteten Kollegen unterschieden. Allerdings entwickelten sich im Laufe der Zeit die Parteiprofile immer stärker heraus und führten so zu Abgrenzungen zwischen den Abgeordneten unterschiedlicher Parteien, jedoch nicht zwischen NS-belasteten und unbelasteten Politikern. Lediglich in ihrem unreflektierten Blick auf die NS-Vergangenheit, sofern sie diesen einmal offenbarten, unterschieden sich die NS-belasteten von den unbelasteten Abgeordneten.

Die grundlegende Herausforderung der vorliegenden Untersuchung waren die lediglich in geringem Umfang vorhandenen Quellen und Egodokumente, die mittels kritischer Analyse Auskunft über das persönliche Verständnis der Politiker zu ihrer NS-Vergangenheit geben könnten. Die tatsächliche Haltung und Einstellung der Abgeordneten konnte daher im Rahmen dieser Studie nicht endgültig geklärt werden, was jedoch auch problematisiert wird. Eine solche Untersuchung kann sich den persönlichen Einstellungen nur annähern. Was sie allerdings leisten kann und was in der vorliegenden Studie deutlich herausgearbeitet wurde, sind Gemeinsamkeiten in den Strategien zum Neubeginn nach 1945 und während der Abgeordnetentätigkeit, die auf weitere NS-belastete Politiker übertragbar erscheinen. Des Weiteren zeigen die Vertuschungsversuche, die eine Konstante im Leben der jeweiligen Personen ab 1945 bis zu ihrem Tod darstellten, dass die NS-Belastung in der hessischen Gesellschaft als Makel wahrgenommen wurde, der einem Politiker in Ansehen und Karriere gefährlich werden konnte.

Nina Fehrlen-Weiss

Weimar im Westen, Republik der Gegensätze, hg. von Regina GÖSCHL und Julia PAULUS, Münster: Aschendorff Verlag 2019. 207 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-402-13353-8. Brosch. € 16,90

Die vorliegende Publikation begleitete eine Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe des Landes Nordrhein-Westfalen unter dem Titel „100 Jahre Bauhaus im Westen“ mit dem Untertitel „Gestaltung und Demokratie. Weichenstellungen im Rheinland und in Westfalen“, die gemeinsam vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Kultur und Wissenschaft und den beiden Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe zusammen mit 40 regionalen und lokalen Partnern 2019 aus Anlass des 100-jährigen Bauhaus-Jubiläums ausgerichtet wurde.

Die Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen führen eine ältere Tradition schon der preußischen Provinzen fort. Sie sind zuständig für Sozial-, Behinderten- und Jugendhilfe sowie für Kultur- und Denkmalpflege und unterhalten Institute für Regionalgeschichte in Bonn und Münster. Im jungen Südweststaat waren sie Vorbild für eine 1957 unternommene, aber alsbald gescheiterte Initiative, solche Landschaftsverbände auch für Baden und Würt-